

Höxter



Organspende: FDP bezieht Position

Kreis Höxter (WB). Der FDP-Kreisverband Höxter begrüßt die breite gesellschaftliche Diskussion zur zukünftigen Gestaltung der Organspende. Im Gegensatz zur Bundespartei unterstützt der Kreisverband weiterhin die Einführung der Widerspruchslösung. »Die seit 2012 geltende Entscheidungslösung, die in Europa nur in Deutschland gilt, hat offensichtlich nicht funktioniert. Die Zahl der Organspender sinkt ständig und hat 2017 mit 797 ihren Tiefpunkt erfahren. Dabei warten circa 10.000 Menschen auf eine Transplantation. Deutschland belegt im Vergleich der Mitgliedsstaaten von Eurotransplant die Schlussposition. Europäische Länder wie Großbritannien, Frankreich und Italien, die nicht Mitglied bei Eurotransplant sind, verzeichnen etwa drei Mal so viele Spender wie Deutschland. International rangieren wir mit unserem vermeintlich besten Gesundheitssystem der Welt auf Platz 30 hinter dem Iran und vor Rumänien. Weiterhin bleibt zu berücksichtigen, dass durch den Mangel an Spenderorganen in Deutschland lange Wartezeiten für Empfänger entstehen, was sich negativ auf Transplantate auswirken kann. Die fünfjährige Überlebensrate transplantierten Nieren in Deutschland ist sieben Prozent schlechter als im internationalen Mittel. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Ergebnisse von Nierentransplantationen umso schlechter sind, je länger der Patient dialysiert werden musste«, so Dr. H.-Jürgen Knopf, FDP-Kreisvorsitzender.

Die Liberalen fordern eine sachliche, keine ideologisch geführte Diskussion. »Argumente, man würde nicht mehr über den Verbleib seiner Organe entscheiden können oder es bestünde eine Pflicht zur Organspende, entbehren jeder Grundlage«, ergänzt Robert Prell, FDP-Vorstandsmitglied.

Die Widerspruchslösung sieht vor, dass allen Bürgern umfassende Informationen zur Organtransplantation zugänglich gemacht werden, sodass eine individuelle Entscheidung für oder gegen eine Organspende getroffen werden kann. Allerdings muss man sich nun aktiv gegen eine Organspende aussprechen, anderenfalls gilt man als potenzieller Organspender. Ein Widerspruch kann jederzeit eingelegt oder widerrufen werden.

Workshop für Ehrenamtliche

Höxter (WB). Vorurteilen und Rassismus begegnen die Menschen im Alltag immer wieder. Der Paritätische Wohlfahrtsverband im Kreis Höxter bietet vor diesem Hintergrund am Freitag, 5. Oktober, von 17 bis 20 Uhr eine kostenlose Fortbildung für Ehrenamtliche und Interessierte an. Referentin Kristin Beer (Deeskalationstrainerin) vermittelt, wie Rassismus erkannt werden kann und wie der Umgang mit diesem Phänomen sein kann. Der Workshop dient zur eigenen Orientierung und Perspektiverweiterung. Neben theoretischen Inputs mit Alltagsbezug wird der Workshop Übungscharakter aufweisen. Eine Anmeldung bis 28. September ist unter hoexter@paritaet-nrw.org oder 05271/380042 möglich.

Schmidt verteidigt Kurs der Verwaltung

Beigeordnete erläutert im Rat Unterbringung der Geflüchteten in Höxter

■ Von Sabine Robrecht

Höxter (WB). Höxters erste Beigeordnete Maria Schmidt hat gestern im Rat den Kurs der Verwaltung bei der Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete rigoros verteidigt. Sie reagierte damit auf Kritik der BfH an zu späten und deutlich zu hohen Investitionsentscheidungen. »Diese einseitige Darstellung wird den Kollegen, die die Arbeit geleistet haben, nicht gerecht«, bezog Schmidt deutlich Position.

In ihrem turnusmäßigen Bericht über den Sachstand bei der Unterbringung von Geflüchteten baute die Beigeordnete ihre Erwiderung auf die Stellungnahme der BfH ein. Deren Sprecher John-Jerome Maly hatte ins Feld geführt, dass derzeit 600 Unterbringungsplätze nur 277 Geflüchtete gegenüber stehen (Bericht vom 15. September). Es sei vorhersehbar zur viel Geld ausgegeben worden.

Dem widersprach Maria Schmidt. Zunächst erläuterte sie im Rat die Größenordnung 600: Bei den Plätzen in den Unterkünften werde zwischen baurechtlich genehmigten, sozial verträglichen und tatsächlich belegten Plätzen unterschieden. »Die baurechtlich genehmigte Höchstzahl wurde bei der Belegung bisher nicht ausgenutzt, weil die dadurch sehr enge Belegung zu Stress und Unfrieden in den Unterkünften führt.«

UNWÄGBARKEITEN

Die sozial verträglichen Plätze bezifferte die Beigeordnete auf 403. 270 sind aktuell belegt. 133 sind frei. Dieses komfortable Fenster sei auch vor dem Hintergrund sinnvoll, dass unklar sei, wie lange das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei Bestand habe und die Balkanroute geschlossen bleibe. Zu diesen äußeren Unwägbarkeiten komme für Höxter konkret hinzu, dass die Gebäude der Bundeswehr an der Brenkhäuser

»Wir sind froh, dass wir diese 133 sozial verträglichen Plätze haben.«

Maria Schmidt

Straße mit ihren 80 und 45 Plätzen, basierend auf einem einfachen Haushaltsvermerk, nur befristet mietfrei seien. »Wir sind froh, dass wir diese 133 sozial verträglichen Plätze haben«, bezog Maria Schmidt Position.

Der Beigeordneten war es ein Anliegen, die Fakten differenziert und transparent darzulegen und auch eine Lanze für ihre Mitarbeiter zu brechen. Dass sie so daste-



Die Neubauten in der Lütmarser Straße sind fast fertig. In die drei Häuser mit insgesamt 75 Plätzen ziehen demnächst 51 Menschen

um. Auf den vierten Neubau hat die Stadt verzichtet. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Rat. Foto: Michael Robrecht

hen, als hätten sie nicht klug gehandelt, werde ihnen nicht gerecht. Die Flüchtlingskrise 2015 habe die Kommunen vor unvorhergesehene und zugespitzte Situationen gestellt. »Manchmal wussten unsere Mitarbeiter nicht mehr, wo sie die zehn Neuankömmlinge unterbringen sollten, die für die nächsten Tage angekündigt wurden. Irgendwie haben sie es immer hingekriegt.« Dafür gebühre dem Team Anerkennung.

ZELTSTÄDTE VERMIEDEN

Sie untermauerte ihre Argumentation mit einem Rückblick auf die Ratsentscheidungen ab März 2015. Damals beschloss der Rat den Kauf des Studentenwohnheims an der Louis-Flotho-Straße. Die Verwaltung empfahl seinerzeit außerdem die Belegung der Schulen in Stahle und Lütmarsen. Daher stimme der Vorwurf der BfH, die Flüchtlingskrise habe die Stadt unvorbereitet getroffen, nicht.

Den Einwand, dass »in der größten Not« Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt angemietet wurden, erwiderte die Beigeordnete ebenfalls: »Da einer Belegung der von der Verwaltung empfohlenen Unterkünfte vom Rat nicht zugestimmt wurde, musste wegen des massiv steigenden Bedarfs anderer Wohnraum

gesucht werden. Eine Belegung von Turnhallen beziehungsweise der Bau von Zeltstädten sollte verhindert werden und war wegen der Anmietung eben dieser Wohnungen auch nicht notwendig.«

Im September 2016 sei mit 556 Geflüchteten der Höchststand erreicht worden. »Eine Entspannung der Lage war zu diesem Zeitpunkt nicht ersichtlich.« Zudem seien die Prognosen des Bundes sehr oft nach oben korrigiert worden.

Auf rückläufige Zahlen – im Juni 2017 waren es nur noch 426 Geflüchtete – habe die Verwaltung sehr wohl reagiert. So sei daraufhin auf die Errichtung der vierten Asylunterkunft an der Lütmarser Straße verzichtet worden. Als der Rat für diese Streichung grünes Licht gab, hielt nur die BfH weiterhin am Neubau der vierten Unterkunft fest. Darauf verwies Maria Schmidt mit Hinweis auf die Niederschrift der entsprechenden Sitzung.

Die Neubauten hatte der Rat bereits im September 2015 beschlossen. In die drei Häuser mit insgesamt 75 Plätzen ziehen demnächst 51 Menschen um. »Es fallen aber insgesamt durch die Aufgabe anderer Objekte 101 sozial verträgliche Plätze weg«, erläuterte Schmidt. Dazu gehören der Berliner Platz in Höxter (acht Plätze), die Linnenstraße 6 in Bruchhau-

Ausblick

»Die Unterkünfte in der Grünen Mühle, der Brenkhäuser Straße und der Lütmarser Straße sollen als große Zentrale Unterkünfte geführt werden«, informiert Maria Schmidt. »Die Schulen in Stahle und Ovenhausen bleiben belegt und als Reserven für Unterbringungsengpässe erhalten. Die Unterbringung in den Schulen in Ovenhausen und in Stahle hat sich bewährt. Es herrscht zumeist Frieden in den Unterkünften. Durch die engmaschige ehrenamtliche Betreuung ist dort trotz der zentralen Unterbringungsform die In-

tegration auf gutem Wege.« Die Unterkunft Allenbergstraße in Lüchtringen habe sich ebenfalls bewährt. Der Standort sei akzeptiert, die dort lebenden Menschen seien ins Dorfleben integriert, Grundschule und Kitas seien vorhanden. Die Unterkunft Derenbornstraße in Ottbergen werde unentgeltlich zur Verfügung gestellt und könne deshalb weiter geführt werden. Unterkünfte in städtischen Wohnungen sollen ebenfalls belegt bleiben. »Sie können als Unterbringungsmöglichkeit für Menschen mit Wohnsitzauflage dienen.«

sen (fünf), die Schwertestraße 6a, 6b und 6c in Fürstenau (20 Plätze), die Feldstraße 8 in Lütmarsen (15), der Kirchwinkel in Ottbergen (zehn) und die Heinsersstraße 37 in Stahle (15 Plätze).

ZUKUNFTSWERKSTATT

»Die Unterbringung und Erstversorgung ist gelungen, sodass nun die Integration der Geflüchteten in den Vordergrund gerückt ist«, resümiert die Erste Beigeordnete. Integration sei ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der nur gemeinsam mit allen Höxteran-

rinnen und Höxteranern gelingen könne. Eine Einbeziehung der geflüchteten Menschen selbst sei aber auch von enormer Wichtigkeit. »Aus diesem Grunde kam aus den Reihen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe der Vorschlag, eine »Zukunftswerkstatt Integration« zu veranstalten.« Zukunftswerkstätten seien ein langjährig bewährtes Instrument, um Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen zu beteiligen. Einladungen für die Zukunftswerkstatt, die am Samstag, 24. November, geplant ist, sollen zu gegebener Zeit versandt werden.

Projektideen für Stadt und Ortschaften

Landesgartenschau: Kreisheimatpfleger Hans-Werner Gorzolka hält Vortrag bei der CDU

Höxter (WB). Bei einer Informationsveranstaltung mit anschließender Mitgliederversammlung gab es beim Vorsitzenden des CDU-Stadtverbandes, Georg Moritz, und seiner Vorstands-Crew nur strahlende Gesichter: Der Kreisheimatpfleger Hans-Werner Gorzolka und die Baudezernentin der Stadt Höxter, Claudia Koch, haben neben weiteren Teilnehmern aus dem Bereich der Ortsheimatpfleger, Mitglieder und Gäste für ein volles Haus im Gasthaus Driehorst in Godelheim gesorgt. Zentrales Thema war die Landesgartenschau.

Kreisheimatpfleger Hans-Werner Gorzolka hielt ein viel beachtetes und enthusiastisches Referat und gab allen Teilnehmern eine Unterlage über mögliche Projektideen für die Kernstadt und die Ortschaften mit. Nun geht es an

eine weitere Umsetzung. Der CDU-Stadtverband begrüßt, wie er resümiert, den »Einzug unserer Dörfer in die LGS 2023«.

Claudia Koch informierte darüber, dass für die LGS noch einiges an Formalitäten abzuwickeln ist, aber im Hintergrund weiter effektiv gearbeitet wird. Sie beantwortete Fragen aus dem Kreis der Teilnehmer und nahm deren Anregungen mit für ihre Arbeit, für die sie sich mit großem Engagement einsetzt.

CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Berens informierte über die Ratsarbeit und befragte die Basis zu den gerade veröffentlichten Berichten über die Sanierung des Freibades und zur Bauausführung des geplanten Hallenbades. Dazu gab es überwiegend positive Äußerungen, die er gestern mit in die Ratsentscheidung genommen hat.



Der CDU-Stadtverband geht mit Elan in die Vorbereitungen der Landesgartenschau: Guido Hupp

(von links), Ilona Drücke, Fabian Wöstefeld, Andrea Dangel, Georg Moritz und Rainer Schwiete.